

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 10. September 1996

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der mazedonischen Regierung

über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

Fristablauf: 15. 10. 99

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 10. September 1996
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der mazedonischen Regierung
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
042 (432) – 651 09 – Ka 120/99

Berlin, den 3. September 1999

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. September 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Gerhard Schröder

Entwurf

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 10. September 1996
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der mazedonischen Regierung
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Ohrid am 10. September 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Abkommen vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Mazedonien schafft.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der mazedonischen Regierung
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Спогодба
меѓу Владата на Сојузна Република Германија
и Македонската Влада,
за поттикнување и заемна заштита на инвестиции

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die mazedonische Regierung –

Владата на Сојузна Република Германија
и
Македонската Влада,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

1. Der Begriff „Kapitalanlagen“ umfaßt Vermögenswerte jeder Art, insbesondere:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld oder andere Leistungen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;
- d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt. Der Begriff „Kapitalanlagen“ umfaßt nicht Forderungen aus Handelsgeschäften, die den Erwerb von Gütern oder Dienstleistungen zum Gegenstand haben, oder Kredite, sofern es sich nicht um Darlehen handelt, die nach Zweck und Umfang den Charakter einer Beteiligung haben (beteiligungähnliche Darlehen).

2. Der Begriff „Erträge“ umfaßt die Beträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, insbesondere Gewinnanteile, Zinsen, Dividenden, Lizenz- oder andere Entgelte.

со желба да се продлабочи меѓусебната стопанска соработка меѓу двете држави,

во настојувањето да се создадат поволни услови за инвестиции на инвеститори на едната држава на територијата на другата држава,

согледувајќи дека унапредувањето и договорната заштита на овие инвестиции придонесуваат да заживее приватната стопанска иницијатива и да се зголеми благосостојбата на двата народа,

се договорија за следново:

Член 1

Одредување на поимите

1. Изразот „инвестиција“ опфаќа имоти од секаков вид, а особено:

- a) сопственост врз подвижни и недвижни ствари и други стварни права, како што се хипотеки и заложни права;
- b) права од удели и други видови на учества во друштва;
- v) парични побарувања или други исполнувања кои се во врска со одредена инвестиција;
- г) права од интелектуална сопственост, како што се особено авторски права, патенти, мостри за употреба, индустриски мостри и модели, марки, трговски имиња, производни и деловни тајни, технички процеси, know-how и good will;
- д) јавно-правни концесии, вклучувајќи ги концесиите за истражување и експлоатација.

Промената на формата во која се вложуваат имоти не го менува нивното својство како инвестиција. Поимот „инвестиции“ не опфаќа побарувања од трговски зделки, чиј предмет е стекнување стоки или услуги, или кредити, доколку не се работи за заеми кои според намената и обемот имаат карактер на учество (заеми слични на учества).

2. Изразот „приходи“ ги опфаќа износите кои произлегуваат од инвестиција, особено удели во добивката, камати, дивиденди, лиценци и други надоместоци.

3. Der Begriff „Investor“ umfaßt „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“ beider Vertragsparteien wie folgt:

a) „Staatsangehörige“

I.) in bezug auf deutsche Staatsangehörige:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

II.) in bezug auf mazedonische Staatsangehörige:

Staatsangehörige der mazedonischen Republik;

b) „Gesellschaften“ in bezug auf beide Vertragsparteien:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

4. Der Begriff „Hoheitsgebiet“ umfaßt

a) in bezug auf das deutsche Hoheitsgebiet:

das deutsche Territorium sowie die Gebiete der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht die Ausübung souveräner Rechte oder Hoheitsbefugnisse in diesen Gebieten erlaubt,

b) in bezug auf das mazedonische Hoheitsgebiet:

das mazedonische Territorium zu Land, Wasser und in der Luft, in dem die mazedonische Regierung souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt.

Artikel 2

Förderung und Zulassung von Kapitalanlagen

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Investoren der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Abkommens. Gleiches gilt für Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge.

(4) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen und Investoren

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten. Gleiches gilt für die Betätigung von Investoren im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

3. Изразот „инвеститор“ опфаќа „државјани“ и „друштва“ на двете договорни страни, како што следи:

a) „државјани“:

– во однос на германските државјани:

– Германци во смисла на Основниот закон на Сојузна Република Германија,

– во однос на македонските државјани:

– државјани на македонската Република;

b) „друштва“, во однос на двете договорни страни:

секое правно лице, како и секое трговско друштво или друго друштво или здружение, со или без статус на правно лице, чие седиште е на територијата на соодветната договорна страна, без оглед на тоа дали неговата дејност е насочена кон остварување добивка.

Независно од други постапки за утврдување на државјанството, за државјанин на една од договорните страни се смета особено секое лице кое поседува национален пасош издаден од надлежните органи на соодветната договорна страна.

4. Изразот „територија“ ја опфаќа:

a) во однос на германската територија:

германската територија, како и подрачјата на исклучивата стопанска зона и на епиконтиненталниот појас, колку што со меѓународното право е дозволено остварувањето на суверени права или на јурисдикција во овие подрачја,

b) во однос на македонската територија:

македонската територија на копно, вода и во воздух, врз која македонската Влада остварува суверени права и јурисдикција во согласност со меѓународното право.

Член 2

Поттикнување и одобрување на инвестиции

(1) Секоја договорна страна на својата територија, по можност, ќе ги поттикнува инвестициите на инвеститорите на другата договорна страна и ќе ги одобрува таквите инвестиции во согласност со своите правни прописи. Таа во секој случај ќе ги третира инвестициите праведно и правично.

(2) Едната договорна страна нема на било каков начин да го ограничува управувањето, одржувањето, употребата или користењето на инвестициите на инвеститори на другата договорна страна на нејзината територија преку произволни или дискриминаторски мерки.

(3) Инвестиции кои во согласност со прописите на едната договорна страна се извршени на нејзината територија од инвеститори на другата договорна страна, уживаат целосна заштита од оваа Спогодба. Истото важи за приходи од инвестицијата, како и за нивните приходи во случај на нивно реинвестирање.

(4) При превоз на стоки и лица кој е во врска со одредена инвестиција едната договорна страна нема да ги исклучува ниту да ги попречува транспортните претпријатија на другата договорна страна и, ако е неопходно, ќе издава дозволи за извршување на транспортот.

Член 3

Третман на инвестициите и на инвеститорите

(1) Секоја договорна страна ќе ги третира инвестициите на нејзината територија кои се во сопственост или под влијание на инвеститори на другата договорна страна, не понеповолно од инвестициите на сопствените инвеститори или инвестициите на инвеститори на трети држави. Истото важи и за дејностите на инвеститорите во врска со одредена инвестиција.

(2) Die Behandlung nach Absatz 1 findet keine Anwendung für Vorrechte, die eine Vertragspartei Investoren dritter Staaten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit gewährt. Gleiches gilt für Vergünstigungen aufgrund von bestehenden oder zukünftigen Doppelbesteuerungsabkommen oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen.

(3) Als „Betätigung“ im Sinne des Absatzes 1 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Absatzes 1 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Absatzes 1.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

(5) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Artikel 4

Eigentumsschutz

(1) Jede Vertragspartei gewährt in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei, die in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften vorgenommen sind, vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Marktwert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen, der nicht niedriger sein darf als der LIBOR-Satz. Sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(2) Третманот според став 1 нема да се применува врз привилегии кои една договорна страна им ги пружа на инвеститори на трети држави врз основа на нивното членство во царинска или економска унија, во заеднички пазар или во слободна трговска зона или поради нивното асоцирање со нив. Истото важи за повластици врз основа на постоечки или идни спогодби за избегнување на двојното оданочување или на други спогодби за даночни прашања.

(3) За „дејност“ во смисла на став 1 се смета особено, но не исклучиво, управувањето, одржувањето, употребата и користењето на инвестиции. За „понеподелен“ третман во смисла на став 1 особено се смета: различен третман во случај на ограничувања на набавката на сировини или на помошни материјали, енергија и горива, како и на средства за производство и погонски средства од секаков вид, различен третман во случај на попречување на пласманот на производи во земјата и во странство, како и други мерки со сличен ефект. Мерки кои мораат да се преземат од причини на јавниот ред и мир, на здравјето на луѓето и на моралот не се сметаат за „понеподелен“ третман во смисла на став 1.

(4) Одредбите на овој член не обврзуваат ниту една од договорните страни да прошири даночни повластици, ослободувања и намалувања кои според даночните закони им се одобруваат само на физички лица и друштва со седиште на нејзината територија, и на физички лица и друштва со седиште на територијата на другата договорна страна.

(5) Договорните страни во рамките на своите национални прописи добронамерно ќе ги разгледуваат барањата за влез и престој на лица на едната договорна страна кои сакаат да влезат на територијата на другата договорна страна во врска со одредена инвестиција; истото важи за вработени на едната договорна страна кои во врска со одредена инвестиција сакаат да влезат и да престојуваат на територијата на другата договорна страна за да вршат дејност како вработени лица. Исто така, добронамерно ќе се разгледуваат и барањата за издавање на дозвола за работа.

Член 4

Заштита на сопственоста

(1) Секоја договорна страна ќе пружа на својата територија целосна заштита и сигурност за инвестициите на инвеститори на другата договорна страна, кои биле извршени во согласност со нејзините правни прописи.

(2) Инвестициите на инвеститори на едната договорна страна на територијата на другата договорна страна можат да бидат експроприирани, национализирани или подложени на други мерки чии последици се еднакви на експроприацијата или на национализацијата, само во интерес на општото добро и со обештетување. Обештетувањето мора да одговара на пазарната вредност на отуѓената инвестиција непосредно пред моментот кога фактичката или претстојечката експроприација, национализација или слична мерка станала позната во јавноста. Обештетувањето мора да се изврши веднаш и се оканатува до моментот на исплатата со вообичаената банкарска каматна стапка која не смее да биде пониска од ЛИБОР-стапката. Тоа мора да биде ефективно остварливо и слободно трансферабилно. Најдоцна во моментот на експроприацијата, на национализацијата или на сличната мерка, мора на погоден начин да бидат преземени превентивни мерки за утврдување и извршување на обештетувањето. Мора да постои можност законитоста на експроприацијата, на национализацијата или на сличната мерка и висината на обештетувањето да се проверат во редовна правна постапка.

(3) Право на обештетување постои и тогаш кога со државни мерки се зафаќа во претпријатието кое е предмет на инвестицијата и со тоа значително се ограничува неговата економска супстанца.

(4) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(5) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Transfer

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- der Erträge im Sinne von Artikel 1 Nummer 2;
- zur Rückzahlung von Darlehen, die in bezug auf Kapitalanlagen gewährt werden;
- des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen;
- Einkünfte aus einer Tätigkeit im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Artikel 6

Subrogation

Leistet eine Vertragspartei oder ein von ihr beauftragter Dritter ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte, Ansprüche und Verpflichtungen dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei oder den von ihr beauftragten Dritten an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei oder des von ihr beauftragten Dritten in alle diese Rechte, Ansprüche (übertragene Ansprüche) und Verpflichtungen an, welche die erstgenannte Vertragspartei oder der von ihr beauftragte Dritte in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 bis 4 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

Durchführung des Transfers

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absätze 2 bis 4, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich in konvertibler Währung zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs soll nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

(3) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne von Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(4) Инвеститорите на едната договорна страна, кои поради војна или друг вооружен судир, револуција, вонредна состојба или бунт на територијата на другата договорна страна ќе претрпат загуба на инвестиции, од таа договорна страна ќе бидат третирали не понеповолно во поглед на реституцијата, компензацијата, обештетувањето или други надоместоци, отколку нејзините сопствени инвеститори. Ваквите плаќања мора да бидат слободно трансферабилни.

(5) Во поглед на работите уредени со овој член инвеститорите на едната договорна страна го уживаат третманот на најповластена нација на територијата на другата договорна страна.

Член 5

Трансфер

Секоја договорна страна им гарантира на инвеститорите на другата договорна страна слободен трансфер на плаќањата во врска со одредена инвестиција, а осовено на:

- капиталот и дополнителните износи за одржување и проширување на инвестицијата;
- приходите во смисла на член 1, точка 2;
- износите за отплата на кредити кои се одобруваат во однос на инвестиции;
- паричните средства во случај на целосна или делумна ликвидација или отуѓување на инвестицијата;
- обештетувањата предвидени во член 4;
- приходите од дејност која е во врска со одредена инвестиција.

Член 6

Суброгација

Ако една од договорните страни или некое од неа овластено трето лице изврши плаќања на своите инвеститори врз основа на гаранција за одредена инвестиција на територијата на другата договорна страна, тогаш другата договорна страна го признава преносот на сите права, побарувања и обврски на овие инвеститори по силата на законот или врз основа на правна зделка во корист на првоименуваната договорна страна или на третото лице овластено од неа, не навлегувајќи во правата на првоименуваната договорна страна од член 10. Понатаму, другата договорна страна ѝ го признава на првоименуваната договорна страна или на третото лице овластено од неа користењето на сите тие права, побарувања (пренесени побарувања) и обврски кои првоименуваната договорна страна или од неа овластеното трето лице има право да ги остварува во ист обем, како и нејзиниот правен претходник. За трансферот на плаќањата врз основа на пренесени побарувања соодветно важи член 4, став 2 до 4 и член 5.

Член 7

Спроведување на трансферот

(1) Трансферите според член 4, ставови 2 до 4, член 5 или 6 ќе се вршат неодложно во конвертибилна валута по важечкиот курс.

(2) Овој курс не треба значително да отстапува од вкрстениот курс (cross rate), кој се добива од оние пресметковни курсеви кои Меѓународниот монетарен фонд во моментот на плаќањето би ги зел за основа на пресметка на соодветните валути во специјални права на влечење.

(3) Како „неодложно“ спроведен во смисла на став 1 се смета трансфер кој се врши во одреден рок кој вообичаено е потребен за почитување на формалностите за трансфер. Рокот започнува да тече со поднесувањето на соодветно барање и во никој случај не смее да биде подолг од два месеци.

Artikel 8

Günstigeres Recht

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Anwendung des Abkommens

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben. Dies gilt nicht für Meinungsverschiedenheiten, die vor Inkrafttreten dieses Abkommens entstanden sind.

Artikel 10

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates, mit dem beide Vertragsparteien diplomatische Beziehungen unterhalten, als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27

Член 8

Поповолно право

(1) Ако од правните прописи на едната договорна страна или од меѓународно-правни обврски кои постојат или ќе се основаат покрај оваа Спогодба, произлегува некоја општа или посебна одредба со која на инвестициите на инвеститори на другата договорна страна треба да им се пружи поповолен третман од оној предвиден со оваа Спогодба, тогаш ваквата одредба има предност пред оваа Спогодба во тој обем во кој истата е поповолна.

(2) Секоја договорна страна ќе ја исполнува секоја друга обврска која ја презела во однос на инвестициите на инвеститори на другата договорна страна на својата територија.

Член 9

Примена на Спогодбата

Оваа Спогодба важи и за инвестиции кои инвеститорите на едната договорна страна ги извршиле во согласност со правните прописи на другата договорна страна на нејзината територија пред влегувањето во сила на оваа Спогодба. Ова не важи за спорови кои настанале пред влегувањето во сила на оваа Спогодба.

Член 10

Спорови меѓу договорните страни

(1) Спорови меѓу договорните страни во врска со толкувањето и примената на оваа Спогодба треба, колку што е можно, да бидат разрешени од страна на владите на двете договорни страни.

(2) Ако некој спор не може да се разреши на овој начин, тој треба да се поднесе на арбитражен суд по барање на една од двете договорни страни.

(3) Арбитражниот суд ќе се формира од случај до случај, при што секоја договорна страна ќе именува по еден член, а двајцата членови ќе се договорат за државјанин на трета држава со која двете договорни страни одржуваат дипломатски односи, како претседател кој се именува од страна на владите на двете договорни страни. Членовите се именуваат во рок од два месеца, а претседателот во рок од три месеци откако едната договорна страна ја известила другата договорна страна дека сака спорот да го поднесе на арбитражен суд.

(4) Во случај на непочитување на роковите наведени во став 3, во недостаток на друг договор секоја од договорните страни може да го замоли Претседателот на Меѓународниот суд да ги изврши потребните именувања. Ако Претседателот има државјанство на една од двете договорни страни или ако е спречен од други причини, именувањето треба да го изврши потпретседателот. Ако и Потпретседателот има државјанство на една од двете договорни страни или е исто така спречен, тогаш именувањето треба да го изврши следниот член на Судот по ранг кој нема државјанство на една од двете договорни страни.

(5) Арбитражниот суд одлучува со мнозинство гласови. Неговите одлуки се обврзувачки. Секоја договорна страна ги поднесува трошоците на својот член, како и на своето застапување во постапката пред арбитражниот суд; трошоците на Претседателот, како и другите трошоци ги поднесуваат двете договорни страни во еднакви делови. Арбитражниот суд може да донесе одлука за поинаква распределба на трошоците. Инаку, арбитражниот суд сам ја уредува својата постапка.

(6) Ако двете договорни страни се и држави-потписнички на Конвенцијата за решавање на инвестициони спорови меѓу држави и припадници на други држави од 18 Март 1965 година, тогаш, земајќи ја предвид одредбата на член 27

Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Abkommens anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und Investoren der anderen Vertragspartei

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Fortsetzung des Abkommens

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Dauer und Kündigung des Abkommens

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation. Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(2) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt zwischen den Vertragsparteien der am 10. Juli 1989 von der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien unterzeichnete Vertrag über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen außer Kraft.

став 1 од Конвенцијата, предвидениот арбитражен суд не може да се свика ако меѓу инвеститорот на едната договорна страна и другата договорна страна е постигнат договор по член 25 од Конвенцијата. Со ова останува незасегната можноста да се свика горе предвидениот арбитражен суд во случај на непочитување на одлуката на арбитражниот суд од наведената Конвенција (член 27) или во случај на пренос по сила на закон или врз основа на правна зделка според член 6 од оваа Спогодба.

Член 11

Спорови меѓу едната договорна страна и инвеститори на другата договорна страна

(1) Спорови во врска со инвестиции меѓу една од договорните страни и инвеститор на другата договорна страна треба, колку што е можно, да бидат разрешени на пријателски начин меѓу страните во спорот.

(2) Ако спорот не може да се разреши во рок од шест месеци од моментот на неговото јавување од една од двете страни во спорот, тогаш по барање на инвеститорот на другата договорна страна тој ќе биде подложен на арбитражна постапка. Доколку страните во спорот не постигнат друг договор, тој ќе биде подложен на арбитражна постапка во рамките на Конвенцијата за решавање на инвестициони спорови меѓу држави и припадници на други држави од 18 март 1965 година.

(3) Арбитражната пресуда е обврзувачка и не подлежи на други правни средства или правни лекови, освен оние предвидени во наведената Конвенција. Таа ќе се изврши според националното право.

(4) Договорната страна која учествува во спорот, во текот на арбитражната постапка или за време на извршувањето на арбитражната пресуда, нема да изнесе како приговор дека инвеститорот примил обештетување за дел од штетата или за целата штета од осигурувањето.

Член 12

Натамошно важење на Спогодбата

Оваа Спогодба важи независно од тоа дали постојат дипломатски или конзуларни односи меѓу двете договорни страни.

Член 13

Траење и откажување на Спогодбата

(1) Обаа Спогодба влегува во сила еден месец од денот на кој двете влади меѓусебно се известиле дека се исполнети внатрешните услови за влегувањето во сила. Меродавен е денот на приемот на последната нотификација. Спогодбата останува во сила десет години; по нивниот истек времето на важење се продолжува на неограничено време доколку една од договорните страни писмено не ја откаже Спогодбата во рок од дванаесет месеци пред истекот. По истек на десет години Спогодбата може во секое време да биде откажана во рок од дванаесет месеци.

(2) За инвестиции кои биле извршени до моментот на престанувањето на важењето на оваа Спогодба важат членовите 1 до 12 за натамошните дваесет години од денот на престанувањето на важењето на Спогодбата.

(3) Со влегувањето во сила на оваа Спогодба меѓу договорните страни престанува да важи Спогодбата за заемна заштита и поттикнување на инвестиции склучена на 10 јули 1989 година меѓу Социјалистичка Федеративна Република Југославија и Сојузна Република Германија.

Geschehen zu Ohrid am 10. September 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Составено во Охрид, на ден 10 септември 1996 година, во два оригинала, секој на германски и македонски јазик, при што секој од текстовите е еднакво обврзувачки.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
За Владата на Сојузна Република Германија
Dr. Klaus Schrammeyer

Für die mazedonische Regierung
За Македонската Влада
Taki Fitl

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Das Abkommen ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Das Abkommen entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen mittel- und osteuropäischen Ländern ist.

Durch Notenwechsel vom 16. Dezember 1993 ist zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien vereinbart worden, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien geschlossenen bilateralen Verträge weiter anzuwenden. Dies gilt auch für den am 10. Juli 1989 unterzeichneten Investitionsförderungsvertrag. Mit Inkrafttreten des neuen Investitionsförderungsabkommens tritt der Investitionsförderungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien im Verhältnis zu Mazedonien außer Kraft.

II. Zu den Abkommensbestimmungen

Das Abkommen besteht aus 13 Artikeln.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“, „Investor“ und „Hoheitsgebiet“. Dabei umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ nicht Forderungen aus Handelsgeschäften, die den Erwerb von Gütern oder Dienstleistungen zum Gegenstand haben, oder Kredite, sofern es sich nicht um beteiligungsähnliche Darlehen handelt. Nach der Definition des Hoheitsgebiets gilt das Abkommen auch in den Meeresgebieten jeder

Vertragspartei, soweit das Völkerrecht die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs- und Zulassungsklausel sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz des Abkommens. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Erträge genießen dabei den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Weiterhin enthält der Artikel ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. Danach darf der jeweilige ausländische Investor nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Investoren oder Investoren dritter Staaten. Der Grundsatz gilt nicht für die Vornahme von Investitionen, vielmehr erst nach Vornahme der betreffenden Kapitalanlage. Es werden einige Beispiele einer nach dem Abkommen unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Der Artikel stellt weiterhin klar, daß die Gewährung von Vorrechten im Rahmen einer Zollunion oder Freihandelszone sowie bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Meistbegünstigung bzw. der Inländerbehandlung steht und enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz, die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden. Sie ist bis zur Zahlung zu verzinsen und muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Eine Entschädigungspflicht besteht auch bei staatlichen Eingriffen in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Danach wird der

Transfer von Kapital und Erträgen, der Rückzahlung von Darlehen, des Erlöses im Falle der Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage, der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen sowie der Einkünfte aus einer Tätigkeit im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage gewährleistet.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Die Vorschrift enthält Bestimmungen über den anzuwendenden Wechselkurs sowie über die Transferfrist.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragspartei zu, daß sie dem Investor gegenüber eingegangene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Das Abkommen gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind. Es gilt jedoch nicht für Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspar-

telen über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Kann eine Meinungsverschiedenheit in bezug auf eine Kapitalanlage nicht binnen einer Frist von sechs Monaten durch gütliche Bemühungen beider Seiten beigelegt werden, hat der Investor das Recht, den Streit durch ein im Rahmen des „Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten“ zu bildendes Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Der Schiedsspruch ist bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Zu Artikel 12

Das Abkommen enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Das Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Nach dem Inkrafttreten gilt das Abkommen zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Abkommens vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Mit dem Inkrafttreten des Abkommens tritt der am 10. Juli 1989 von der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien unterzeichnete Vertrag über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen zwischen den Vertragspartei- en außer Kraft.

15.10.99

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. September 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 743. Sitzung am 15. Oktober 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.